

Landräte zweifeln am Zwei-Prozent-Ziel

Drei Viertel der Fläche, die in Südhessen für Windräder vorgesehen ist, sollen im Rheingau-Taunus-, Main-Kinzig- und Odenwaldkreis liegen. Das kritisieren die Kommunalpolitiker.

mch./höv. RHEIN-MAIN. Wegen der „überproportionalen Belastung“ ihrer drei Landkreise durch Standorte für Windkraftanlagen haben sich jetzt die Landräte des Main-Kinzig-, Rheingau-Taunus- und Odenwaldkreises mit einem offenen Brief an Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und seinen Stellvertreter, Wirtschafts- und Energieminister Tarek Al-Wazir (Die Grünen), gewandt und darin eine neue politische Debatte gefordert, ob das Zwei-Prozent-Ziel für Südhessen „landespolitisch so gehalten werden kann und muss“. Anlass des Schreibens ist, dass der südhessische Teilplan für erneuerbare Energien, den das von der Grünen-Politikerin Brigitte Lindscheid geführte Regierungspräsidium Darmstadt erarbeitet hat, vorliegt und die Regionalversammlung Südhessen darüber voraussichtlich bis zur Sommerpause beschließt. Der Plan sah im Entwurf vor, 1,7 Prozent der Fläche Südhessens als Vorranggebiete einzustufen.

Die SPD-Politiker Frank Mathiaske (Odenwaldkreis) und Thorsten Scholz (Main-Kinzig-Kreis) sowie der parteilose Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises, Frank Kilian, haben errechnet, dass diese Planung bedeuten würde, dass 75 Pro-

zent der vorgesehenen etwa 12 500 Hektar für Windparks in Südhessen in ihren drei Kreisen liegen. Damit trügen sie die Hauptlast der Windkraftstandorte. Das sei in den Regierungsbezirken von Nord- und Mittelhessen, deren Teilpläne schon beschlossen und genehmigt sind, anders. Dort seien die Belastungen gerechter verteilt. Zumal die Konzentration in Südhessen dazu führe, dass „nahezu 100 Prozent unserer Kreisgebiete in puncto Landschaftsbild durch Windkraftanlagen beeinträchtigt werden“, heißt es im Brief.

Dass die Landräte, die der SPD angehören oder nahestehen, Kilian war als Kandidat der SPD in die Landratswahl gegangen, mit ihrem Schreiben nicht nur die schwarz-grüne Landesregierung kritisieren, sondern auch die SPD im Land, wissen die Politiker. „Wir laufen gegen jeden Sturm, der sich für das Zwei-Prozent-Ziel ausspricht, sich vor Ort aber nicht anschaut, welche Konsequenzen diese Maßgabe hat“, sagte Mathiaske. Das Zwei-Prozent-Ziel hatten 2011 die Landtagsfraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP festgelegt, um ein halbes Jahr nach Fukushima die Energiewende in Hessen einzuleiten. Mittlerweile distanziert sich die FDP von der Verabredung.

Nach Ansicht Mathiaskes ist eine Gleichverteilung der Windkraftstandorte in Südhessen aufgrund der dichten Bebauung im Ballungsraum und der Tatsache, dass sich im Rhein-Main-Gebiet Deutschlands größter Flughafen befindet, gar nicht möglich. In ihrem Schreiben weisen die drei Landräte außerdem darauf hin, dass heutige Anlagen wesentlich effektiver seien als frühere, so dass sich die Ziele des Energiegipfels auch mit „deutlich weniger Anlagen“ realisiert werden könnten. Sie würden sich klar zum gesamtgesellschaftlichen Ziel der

Energiewende bekennen, heißt es weiter, und sie wollten auch ihren Beitrag in ihren Landkreisen leisten. Doch das müsse „mit Augenmaß“ geschehen.

Für Wirtschaftsminister Al-Wazir spielt der Ausbau der Windenergie auch in den nächsten Jahrzehnten eine wichtige Rolle. Und dazu würden Flächen benötigt, die für die Windparks gut geeignet seien. Anders als die Landräte sieht Al-Wazir das Zwei-Prozent Ziel sogar „in Reichweite“. Und dies, obwohl Regierungspräsidentin Lindscheid erst in der vergangenen Woche vorgeschlagen hatte, zunächst nur die in der Regionalversammlung unumstrittenen Standorte in Südhessen beschließen zu lassen. Die entsprächen 1,4 Prozent der Landesfläche Südhessens. Das Ministerium fast diese Zahl zusammen mit den Ergebnissen aus Nordhessen (2 Prozent) und Mittelhessen (2,2 Prozent) und folgert daraus, dass bald mindestens 1,87 Prozent der Landesfläche Hessens für Windkraftstandorte vorgesehen sei. Mit diesem Ergebnis ist der Wirtschaftsminister offenbar sehr zufrieden.

Ganz anders sieht man es im Main-Kinzig-Kreis, der nach den bisherigen Plänen allein 35 Prozent der Windvorranggebiete Südhessen stellen müsste. Dort fordern der Landrat und einige Bürgermeister nicht nur, weniger Standorte auszuweisen, sondern eine „Obergrenze“ für die Zahl der Anlagen in den einzelnen Gebieten festzusetzen. Sie rechnen vor, dass es schon jetzt 98 Anlagen im Kreisgebiet gebe, sieben weitere genehmigt und noch einmal 23 Anlagen geplant seien. Kämen die im Regionalteilplan geplanten Standorte hinzu, könnten rechnerisch zusätzlich 270 Windanlagen gebaut werden.

Ein Problem der SPD



Drei Landräte, die SPD-Mitglieder sind oder der Partei nahestehen, protestieren gegen die Pläne des Landes, auch in Südhessen zwei Prozent der Fläche Hessens für die Windenergienutzung auszuweisen. Das klingt nach einem Konflikt zwischen SPD-Politikern und der schwarz-grünen Landesregierung.

Doch das ist nur vordergründig so. Natürlich haben Frank Matiaske (Odenwaldkreis), Thorsten Stolz (Main-Kinzig-Kreis) und Frank Kilian (Rheingau-Taunus-Kreis) ihren Brandbrief an die Landesregierung gerichtet, an Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Die Grü-

nen). Schließlich stehen die in der Verantwortung, das 2011 nach Fukushima verabredete Zwei-Prozent-Ziel zu verwirklichen. Aber die Kritik zielt ebenso auf SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel, der dieses Ziel im Jahr 2011 gemeinsam mit CDU, Grünen und FDP ausgegeben hat.

„Schäfer-Gümbel ist der Vorsitzende der SPD, aber nicht der Vorgesetzte von SPD-Landräten“, teilte die SPD gestern auf Anfrage fast ungehalten mit. Das macht das Problem der Sozialdemokraten deutlich. Es sind die drei Landräte aus den Reihen der SPD, die, so haben sie es errechnet, auf ihren Kreisflächen 75 Prozent der Vorranggebiete haben werden, sollte der Teilregionalplan für erneuerbare Energien beschlossen werden.

Diesen Teilplan beschließt die Regionalversammlung Südhessen. Das genau ist die Schwierigkeit der SPD. Sie bildet dort mit der CDU eine gro-

ße Koalition. Ohne die Zustimmung der Sozialdemokraten zum Teilregionalplan, an dem die Regionalpolitiker gemeinsam mit dem mittlerweile Grünen-geführten Regierungspräsidium seit 2010 werkeln und dessen Inhalt vor allem die Ausweisung der Vorranggebiete für die Windenergienutzung ist, geht nichts.

Den Grünen geht der Entwurf des Teilplans nicht weit genug, FDP und AfD lehnen ihn grundsätzlich ab. Und der CDU ist es gelungen, die für sie strittigsten Flächen im Taunus aus dem Plan herauszuhalten. So muss nun die SPD intern klären, ob sie den Plan beschließen oder ihren Landräten folgen und das gesamte Paket noch einmal aufschnüren und wie gefordert eine „neue politische Debatte“ über Windenergiestandorte in Südhessen führen will. Eine Energiewende leitet man so nicht ein.

Landräte fordern Umkehr Widerstand gegen Windkraftvorranggebiete in Südhessen

Gelnhausen – Die Landräte des Main-Kinzig-Kreises, des Odenwaldkreises und des Rheingau-Taunus-Kreises haben Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und dessen Stellvertreter Tarek Al-Wazir (Grüne) nach eigenen Angaben in einem Offenen Brief aufgefordert, beim Bau von Windkraftanlagen mehr „Augenmaß“ zu zeigen und eine Debatte über den Umfang dieser Art von Energieerzeugung anzustoßen. Thorsten Stolz (Main-Kinzig), Frank

Matiaske (Odenwald) und Frank Kilian (Rheingau-Taunus) kritisierten die überproportionale Belastung ihrer Kreise, die 75 Prozent der im Teilplan Erneuerbare Energien ausgewiesenen Windkraftvorranggebiete in Südhessen stellen. Dies führe dazu, dass „nahezu 100 Prozent unserer Kreisgebiete in punkto Landschaftsbild durch Windkraftanlagen beeinträchtigt werden“. Von einem „gerechten Ausgleich“ der Interessen, wie ihn

Schwarz-Grün im Koalitionsvertrag vereinbart habe, könne keine Rede sein.

Die Landräte fordern Bouffier und Al-Wazir laut Mitteilung auf, eine Diskussion darüber anzustoßen, ob das Ziel, zwei Prozent der Landesfläche als Windvorranggebiete auszuweisen, für Südhessen „landespolitisch so gehalten werden kann“. Die Überbelastung einzelner Landkreise habe niemand beim Energiegipfel, der Jahre zurückliegt, vor Augen gehabt.

Sie verweisen darauf, dass heutige Anlagen effektiver seien als frühere, sodass die Ziele des Energiegipfels sich „mit deutlich weniger Anlagen“ realisieren ließen. „Für uns, die wir uns klar zum gesamtgesellschaftlichen Ziel der Energiewende bekennen, steht außer Frage, dass unsere Landkreise zum Gelingen beitragen wollen und werden.“ Dies müsse aber mit Augenmaß umgesetzt werden, damit die wichtige öffentliche Akzeptanz einer Energiewende vor Ort nicht unnötig zerstört werde. cm